

troffen werden, den kommenden Winter für die Bevölkerung so erträglich wie nur möglich zu machen.

Der Christlich-Demokratischen Union ist es ein dringendes Bedürfnis, die Frage der Wiederherstellung unseres völkischen Lebens nicht nur von der materiellen Seite aus gewährleistet zu sehen. Hier hat die Vergangenheit bei allem guten Willen auch vielerlei Enttäuschungen gebracht.

Wir sind zutiefst überzeugt, daß die Verwirklichung des Geistes, aus dem die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik geboren wurde, in der Zukunft eine uneingeschränkte Atmosphäre loyaler demokratischer Zusammenarbeit entwickeln wird.

Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß in der Spitze der Regierung die kirchlichen Interessen besondere Berücksichtigung finden, und wir erwarten, daß die Forderungen des kulturellen Lebens unseres Volkes nicht nur von einer einseitigen Schau betrachtet werden.

Wenn sich die CDU in allen diesen Vorschlägen aktiv in den Dienst einer fortschrittlichen demokratischen Neuordnung unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens stellt, so trifft sie ihre Entscheidungen aus dem Bewußtsein, daß die Wiederherstellung der deutschen Souveränität, die Einordnung der Deutschen Demokratischen Republik in die Gemeinschaft der friedfertigen Völker abhängig ist von dem unwiderlegbaren Beweis der Entstehung eines neuen Deutschlands, das endgültig und unwiderruflich dem Prinzip des Imperialismus eine Absage erteilt.

Die Christlich-Demokratische Union begrüßt es, daß einem Mitglied ihrer Partei die Führung des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten anvertraut ist. Sie sieht darin eine Anerkennung der in unserer Partei vereinigten Kräfte als Bürgen einer Politik des Friedens und der Verständigung.

Wir erwarten aber von dem Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik eine kontinuierliche Fortentwicklung aller Kräfte, die geeignet sind, das Vertrauen zwischen dem deutschen Volk und den übrigen Völkern zu fördern.

Wenn dem deutschen Volk in der Deklaration von Potsdam mit der ganzen Bedeutung einer völkerrechtlich verbindlichen Vereinbarung der Abschluß eines Friedensvertrages zugesichert ist, nach Erfüllung und Aufrechterhaltung der demokratischen Ordnung in Deutschland, und wenn jetzt die sowjetische Besatzungsmacht durch Übertragung der Souveränität an das deutsche Volk die Erfüllung dieser Voraussetzung anerkennt, so ist die CDU entschlossen, ebenso, wie sie an der Erfüllung dieser Voraussetzung gearbeitet hat, auch ihren Anteil an der Verantwortung dafür zu übernehmen, daß die Deutsche Demokratische Republik folgerichtig eine demokratische Politik der Verständigung mit allen Völkern weiterentwickelt. Wir sind gewiß, daß damit der Weg zur Erfüllung des Anspruchs der Deutschen Demokratischen Republik auf Abschluß eines Friedensvertrages gewährleistet wird.

Wir danken es der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, daß sie durch die Entscheidungen der letzten Wochen die demokratische Aufbauleistung des deutschen Volkes anerkannt hat.

Die Christlich-Demokratische Union ist der Überzeugung, daß eine konsequente Friedenspolitik Deutschlands mit allen Völkern insbesondere die Freundschaft mit der Sowjetunion einschließt, und es wird das Ziel jeder deutschen Außenpolitik sein müssen, nicht nur für das deutsche Volk den Frieden zu schaffen, sondern ihn durch eine vorbehaltlose und ehrliche deutsch-sowjetische Freundschaft zu verbürgen.

(Lebhafter Beifall)

Wenn das deutsche Volk sich zur Freundschaft zur Sowjetunion bekennt, so bleibt es sich bewußt, daß

zwischen ihm und den übrigen Völkern die Millionenzahl der Gräber steht, die die Opfer des Faschismus und des von ihm angezettelten zweiten Weltkriegs bergen. Das ungeheure und in der Geschichte beispiellose Elend dieses Krieges ruft gerade uns als christliche Demokraten zu klarer Verantwortung und Entscheidung auf. Am Anfang unserer christlichen Verheißung steht der Friede, und christliche Verantwortung verpflichtet zum politischen Handeln im Dienste des Friedens. Die Millionen Opfer des letzten Krieges müssen die letzten Gefallenen überhaupt sein!

(Anhaltender Beifall)

Präsident Dieckmann:

Für die National-Demokratische Partei spricht nunmehr der Herr Abgeordnete Dr. Otto Rühle.

Abg. Dr. Rühle (NDPD):

Meine Damen und Herren! Die Fraktion der National-Demokratischen Partei Deutschlands hat mich beauftragt, der vom Ministerpräsidenten vorgeschlagenen Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und ihrem Programm in vollem Umfange zuzustimmen. Einheit und Unabhängigkeit, Friede und Wohlstand sind die Grundziele der ersten Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Denselben Grundzielen gilt der Kampf und die politische Arbeit der National-Demokratischen Partei.

Meine Partei betrachtet das Potsdamer Abkommen der Alliierten als die unverbrüchliche völkerrechtliche Grundlage, durch die alle Alliierten dem deutschen Volke seine Eigenstaatlichkeit und seine Rückkehr in den Kreis der friedliebenden Völker garantiert haben. Daher bekennen wir uns voll zu den darin auferlegten Pflichten. Unsere Partei wird sich stets dafür einsetzen, daß sie verwirklicht werden, und zwar nicht nur in einem Teile Deutschlands, sondern im gesamten Deutschland. Wir dürfen mit Genugtuung feststellen, daß in der sowjetischen Besatzungszone die Kriegstreiber keine Macht mehr haben. Was aber auch in unserer Zone noch nicht restlos ausgemerzt ist, sind Rückstände des nazistischen Denkens. Hier muß der Klärungsprozeß zu Ende geführt werden, bis sich die Prinzipien einer wahren Humanität in jedem Deutschen restlos durchgesetzt haben. Wir nationalen Demokraten glauben fest daran, daß wir dieses Ziel erreichen, denn das deutsche Volk ist nicht von Natur aus militaristisch und nazistisch gesinnt — es ist durch volkfeindliche Kräfte verseucht und irreführt worden.

Es erfüllt uns mit Bedauern und Empörung zugleich, daß diese Verderber des deutschen Volkes in den westlichen Besatzungszonen heute schon wieder offen ihr Handwerk treiben können. Wir halten es für eine unumgängliche Voraussetzung für die Befriedung Deutschlands, daß mit allem Ernst darangegangen wird, den Militarismus und Nazismus in den westlichen Besatzungszonen mit allen seinen sozialen und wirtschaftlichen Wurzeln sowie seinem vergiftenden Einfluß auf das Denken auszurotten. Wir stellen diese Forderung nicht etwa deshalb, weil sie in der sowjetischen Besatzungszone verwirklicht ist, sondern weil sie eine Grundbedingung für den Bau eines neuen demokratischen Deutschlands ist.

Wenn wir so die Grundpflichten, die das Potsdamer Abkommen dem deutschen Volke auf erlegt, anerkennen, so fordern wir auf der anderen Seite, daß die uns zugesicherten Rechte von den Alliierten ebenso uneingeschränkt verwirklicht werden. Unsere nationale Würde gibt uns das Recht und die Pflicht, das Verhalten anderer Völker mit dem Maßstab zu messen, den sie uns durch ihr Verhalten zu unseren Lebensinteressen erkennen lassen. Wir sprechen offen aus, daß